

Kissingers Erbe

Großmachtpolitik und ihre Langzeitwirkungen in Südostasien

Henry Kissinger. Friedensnobelpreisträger, US-Außenminister und Hauptarchitekt der US-amerikanischen Kriegspolitik in Südostasien. Wie kein Zweiter steht er in der Kritik als Verantwortlicher für die Bombardierung der Zivilbevölkerung in Vietnam, Kambodscha und Laos und für sein grünes Licht für die Invasion Ost-Timors, Kriegsverbrechen begangen zu haben. Mit der Einrichtung einer »Henry Kissinger Stiftungsprofessur« durch die Universität Bonn unter finanzieller Förderung des Verteidigungsministeriums ist es auch in Deutschland zu einer heftigen öffentlichen Kontroverse um die Person Henry Kissingers, der Wertung der US-amerikanischen Interventionen in Südostasien und um die Lehren aus dem Kalten Krieg gekommen. Wir nehmen diese Kontroverse zum Anlass, in diesem Schwerpunkt der Zeitschrift Südostasien die Politik der USA (und der anderen Großmächte) sowie ihre Langzeitwirkungen bis heute neu zu diskutieren.

Die Ausgabe widmet sich nicht primär der Person Henry Kissingers, obschon wir aus gegebenem Anlass auch seiner speziellen Rolle nachgehen. Vielmehr interessieren uns die gesamtgesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge und wie der lange, heiße Krieg in Südostasien die heutigen Gesellschaftsformationen mitgeprägt hat. Kissinger steht hier stellvertretend für die besondere Rolle des militärisch-industriellen Komplexes der USA und der damit verbundenen Machtkonzentration im Weißen Haus, des Secretary of State und des Pentagons. Die als »Realpolitik« titulierten machtpolitischen Interessen der USA haben die Region Südostasien entscheidend geprägt.

Aus diesem Grund werden in dieser Ausgabe auch Ereignisse untersucht, die vor dem Amtsantritt Kissingers von Bedeutung waren, allen voran der Putsch von Suharto in Indonesien 1965 und das Massaker an über einer Million AktivistInnen. Schon in den 1950er Jahren übten sich die USA auf den Philippinen in »counter-insurgency« gegen die Hukbalahap. Die Interventionen der USA, wie die Bombardierung Kambodschas und Laos, die Finanzierung der »Hmong Secret Army«, die »Operation Phönix« in Vietnam oder die Durchsetzung der Minenlizenzen für den Konzern Freeport und die begleitende Absegnung der Invasion von West Papua hatten unmittelbare wie auch langfristige Auswirkungen. Direkte Folgen der Kriegspolitik wie die Gesundheitsschäden von Agent Orange oder den Ausbau der Prostitutionsindustrie in Thailand für R&R der amerikanischen Soldaten sind heute genauso zu beobachten wie die indi-

rekten, ideologischen Weichenstellungen, die damit bezweckt wurden.

Doch wie das Beispiel Kambodscha zeigt, führten die Interventionen der USA auch zu unbeabsichtigten und genauso verheerenden Folgen, die im Kontext der Machtpolitik der Triade des Kalten Krieges (USA, UdSSR und China) eigene Dynamiken entwickelten. Dass »sozialistische Brüderstaaten« gegeneinander Krieg führten, stürzte auch die deutsche Linke in eine Sinnkrise. Die maoistische Ausrichtung der K-Gruppen, die Verherrlichung der Khmer Rouge als Anführer eines »Volkskriegs« aber auch die unkritische Gleichsetzung nationaler Befreiungsbewegungen mit sozialistischen Bewegungen im Falle Vietnams führten zu irrwitzigen, ideologischen Grabenkämpfen. Als das Ausmaß der Gräueltaten des Pol Pot Regime ans Licht kam, wendeten sich viele von der radikalen Linken ab.

Ein kaum aufgearbeitetes Thema ist in diesem Zusammenhang die Rolle der BRD, die als Verbündeter der USA logistische und ideologische Unterstützung für den Vietnamkrieg bereitstellte. Wie Rainer Werning in seinem Beitrag »Unrühmliche Connections« nachweist, war der Bundesnachrichtendienst (BND) aktiv am Putsch gegen Sukarno und an der Niederschlagung der kommunistischen Massenbewegungen in Indonesien beteiligt. Auch 50 Jahre später bleibt das relevante Archivmaterial unter Verschluss. Diese mangelnde Aufarbeitung in Deutschland ist vielleicht einer der Gründe, warum die Universität Bonn sowie das Verteidigungsministerium zu Ehren Kissingers eine Professur einrichtet. Die realpolitische Agenda der Professur, militärische Interventionen für »nationale Interessen« als selbstverständlichen Teil der deutschen Außenpolitik wieder hoffähig zu machen, wird vom ersten Lehrstuhlinhaber und ehemaligen US-Botschafter in Deutschland, James D. Bindenagel, unverblümt vertreten. Eine Beschäftigung mit den Langzeitwirkungen einer solchen »Realpolitik« auf Südostasien zeigt uns, dass eine solche Ausrichtung schnell in neuen Kriegsverbrechen enden kann.

von
Oliver Pye

Der Autor ist Dozent für Südostasienwissenschaft am Institut für Orient- und Asienwissenschaften der Universität Bonn.



Titelbild:
Wahlplakat der Grünen Hochschulgruppe Bonn.
Foto: Grüne HSG Bonn